Landkreis lehnt Ampel an Bundesstraße ab

VERKEHR Bündnis 90/Die Grünen fordert Signalanlagen an zwei Kreuzungen

Fraktionssprecher Heiderich-Willmer kann die Entscheidung nicht nachvollziehen. Gefahrloses Überqueren der Straßen sei nicht möglich.

VON CARSTEN BICKSCHLAG

EDEWECHT – Der Errichtung von so genannten Dunkelampeln (Fußgängerampeln) an den Kreuzungen Bachmannsweg/Bundesstraße 401 in Husbäke sowie an der Ecke Oldenburger Straße/Holljestraße in Edewecht erteilte der Landkreis Ammerland jetzt eine Absage. Die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion im Edewechter Gemeinderat hatte im vergangenen Jahr entsprechende Anträge gestellt.

In der Begründung des Landkreises heißt es, dass in beiden Bereichen aufgrund von Verkehrsuntersuchungsergebnissen Lichtsignalanlagen nicht erforderlich seien. Man habe die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gebeten, an den Kreuzungen Verkehrszählungen vorzunehmen. Zudem wurde das Polizeikommissariat Westerstede aufgefordert, Unfallauswertungen für die vergangenen drei Jahre vorzunehmen. Laut Mitteilung des Landkreises könne als Ergebnis festgestellt werden, dass die erforderlichen Querungszahlen in beiden Fällen nicht erreicht worden seien – gefordert werde eine Querungszahl von 50 Personen bzw. 30 Schülern pro Stunde. Außerdem seien die Kreuzungsbereiche nach Polizeiangaben keine Unfallschwerpunkte.

Laut Landkreis reicht die Zahl der Fußgänger und Radfahrer nicht aus

Uwe Heiderich-Willmer, Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, teilt die ablehnende Auffassung des Landkreises nicht. In Husbäke sei immer wieder zu beobachten, dass ein gefahrloses Überqueren der B 401 kaum möglich sei. Das gelte auch für den Kreuzungsbereich in Edewecht.

Heiderich-Willmer weist darauf hin, dass an der Ecke Oldenburger Straße/Holljestraße schon 1999 im Verkehrsentwicklungsplan der Gemeinde Edewecht eine Querungshilfe vorgeschlagen wurde, bis jetzt aber nichts geschehen sei. Jetzt müssten die Anträge im Straßen- und Wegeausschuss der Gemeinde neu behandelt werden. So könne die Gemeinde die Kosten der Ampeln übernehmen, schlägt der Fraktionssprecher vor.